



## **Standard Eurobarometer 82**

### **DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION Herbst 2014**

# **NATIONALER BERICHT**

## **ÖSTERREICH**

Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfasst.

Dieses Dokument repräsentiert nicht die Sichtweise der Europäischen Kommission.  
Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**Standard Eurobarometer 82 / Herbst 2014 – TNS Opinion & Social**

## **Inhaltsverzeichnis**

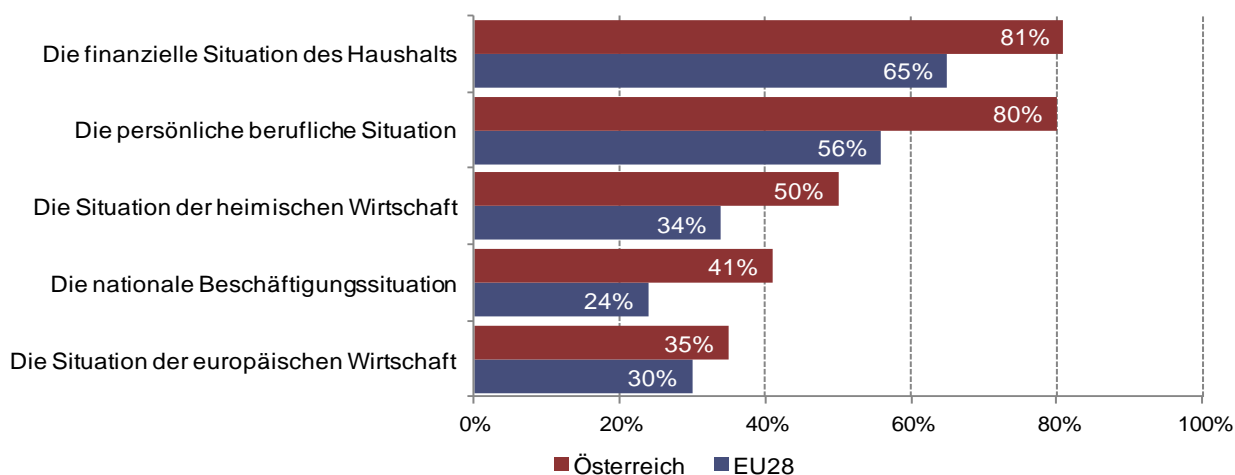
<b>I.</b>	<b>Die wirtschaftliche Lage und der Euro .....</b>	<b>1</b>
1.	Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise .....	1
2.	Erwartungen für 2015 und an die EU.....	2
3.	Zustimmung zum Euro .....	2
<b>II.</b>	<b>Die Österreicher/-innen und die EU .....</b>	<b>4</b>
1.	Image der Europäischen Union .....	4
2.	Informiertheit über die EU und Interesse an europapolitischen Angelegenheiten .....	5
3.	Vertrauen in europäische und nationale Institutionen .....	6
4.	Zukunft der Europäischen Union.....	7
5.	Europäisches Gemeinschaftsgefühl .....	8
	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>9</b>

## I. Die wirtschaftliche Lage und der Euro

### 1. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Eine große Mehrheit von 88% der Österreicher/-innen ist mit dem Leben zufrieden, wenngleich die Lebenszufriedenheit im Vergleich zum Frühjahr 2014 etwas zurückgegangen ist (-4 Pp.). Vor 20 Jahren, zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Österreichs, waren exakt gleich viele Österreicher/-innen mit ihrem Leben zufrieden. Im Europaschnitt liegt die Lebenszufriedenheit bei 79% (-1 Pp.). Dass die Lebenszufriedenheit in Österreich unter jenen Gruppen, die von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffen waren (z.B. arbeitslose Personen), niedriger liegt, zeigt die **Abhängigkeit der Einschätzung der eigenen persönlichen Lebenssituation von der nationalen bzw. europäischen Wirtschaftslage**. Die heimische Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 5,1% und damit nur knapp hinter dem Höchstwert des Herbsts 2009 (5,2%) (Quelle: Eurostat, Oktober 2014), zudem wurden die vorsichtig optimistischen Wirtschaftsprognosen des Sommers zu Jahresende 2014 drastisch nach unten korrigiert. Gleichzeitig steigt das Armutsrisiko: laut Statistik Austria waren 2013 rund 1,5 Mio. Österreicher/-innen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, fast 500.000 arbeiteten in prekären Beschäftigungsformen. Dennoch zeigt die aktuelle Eurobarometer-Befragung aus dem Herbst 2014: die eigene berufliche Situation wird nach wie vor von 80% (+4 Pp.) und die finanzielle Situation des Haushalts von 81% (+5 Pp.) der Österreicher/-innen positiv beurteilt. Allerdings glauben nur mehr 41% (-3 Pp.), dass man die Lage am heimischen Arbeitsmarkt als „gut“ bezeichnen könne. Die Situation der heimischen Wirtschaft wird von der Hälfte (50%, -6 Pp.) positiv gesehen, die wirtschaftliche Situation der EU von nur noch knapp mehr als einem Drittel der Österreicher/-innen (35%, +/-0 Pp.). Zum Vergleich: 2009, am Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise, schätzten die Österreicher/-innen die heimische Wirtschaft zu 43% als gut ein, die europäische Wirtschaft zu 31% - also nur geringfügig schlechter.

Abb.1: Einschätzung der aktuellen Situation als „gut“ (AT und EU28, Herbst 2014)



Österreich zählt zu jenen Ländern, in denen die Befragten des Eurobarometers die Wirtschafts- und Finanzkrise schon relativ früh für überwunden erklärten: bereits im Frühjahr 2011 sagten 62% der Österreicher/-innen, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt wohl ihren Höhepunkt erreicht habe. **Dieser frühe Optimismus hat sich unter Eindruck steigender Arbeitslosenzahlen und einer stagnierenden wirtschaftlichen Lage mittlerweile eingetrübt:** aktuell glauben nur noch 48% (+/-0 Pp.) der Österreicher/-innen, der Höhepunkt wäre überwunden, fast ebenso viele (47%, +/-0 Pp.) befürchten, das Schlimmste stehe noch bevor. Die Österreicher/-innen liegen mit ihrer Einschätzung im EU28-Schnitt, Länder wie Spanien (61%), Frankreich (63%), Finnland (57%) oder Luxemburg (56%) sind noch weitaus pessimistischer und geben mehrheitlich an, dass die Auswirkungen der Finanzkrise wohl noch lange nicht überwunden seien.

## 2. Erwartungen für 2015 und an die EU

**Dass sich die europäische Wirtschaftssituation 2015 verbessern wird, glauben nur 18% der Österreicher/-innen (+1 Pp.), die relative Mehrheit von 40% (+3 Pp.) geht davon aus, dass sie sich weiter verschlechtern werde.** In Bezug auf die heimische Wirtschaftslage sind die Österreicher/-innen etwas weniger pessimistisch: 30% (+/-0 Pp.) glauben, sie werde sich in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern, 22% (+3 Pp.) verbessern, die relative Mehrheit geht von einer stagnierenden Entwicklung aus (45%, -2 Pp.). Ähnlich wird auch die Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt vorausgesehen. Für die persönliche Situation erwarten sich die Österreicher/-innen wenig Veränderungen: die eigene berufliche Situation werde sich kaum verändern, sagen 72% (+1 Pp.) der Österreicher/-innen, entsprechend bleibe auch die finanzielle Situation des Haushalts stabil (70%, +2 Pp.) und das Leben allgemein auch (70%, +2 Pp.).

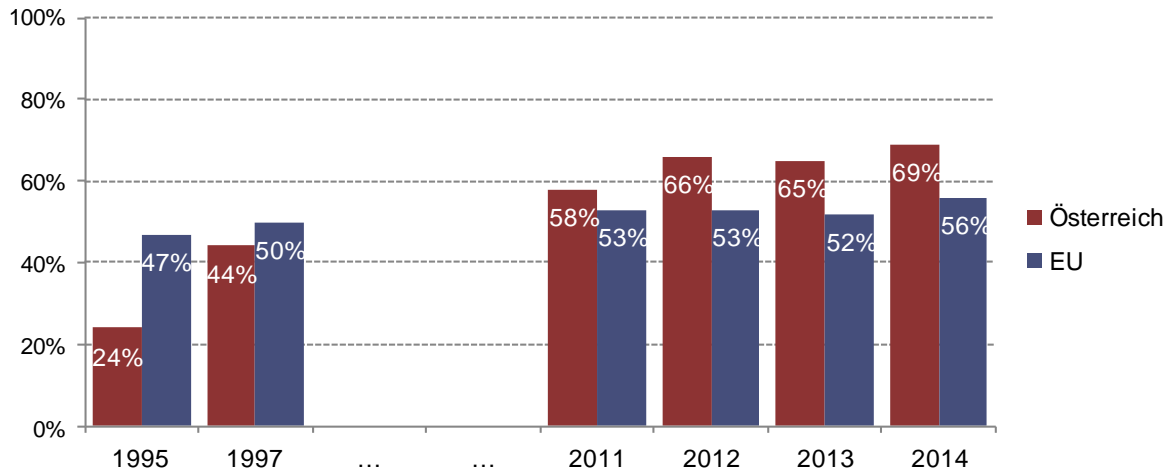
Angesichts der Befürchtungen, dass die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben und das Schlimmste noch bevorstehe, stellt sich folgende Frage: **Welche Maßnahmen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene erachten die Österreicher/-innen geeignet, um den Folgen der Krise entgegenzuwirken?**

Grundsätzlich zeigt sich in dieser Frage eine **hohe Reformbefürwortung**: das Land brauche mehr Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein, sagen 80% der Befragten in Österreich (+6 Pp.). Fast genauso viele erwarten sich rasche Maßnahmen zur Verringerung der öffentlichen Defizite und Verschuldung in Österreich (78%, +5 Pp.). Aber nicht nur vom Nationalstaat, auch von der EU erwarten sich die Österreicher/-innen sehr konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise, wobei **die EU vor allem als Kontrollinstanz wirksam werden soll**: als am effektivsten wird dabei eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d.h. eine Bankenunion) gesehen (69%, +1 Pp.), gefolgt von einer prominenteren Rolle der EU bei der Regulierung der Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene (67%, +10 Pp.). Ebenfalls mehr als sechs von zehn Österreicher/-innen halten Geldbußen für jene EU-Länder, die zu viel Geld ausgeben oder leihen, für effektiv (63%, +11 Pp.). Mittlerweile befürwortet die Mehrheit eine Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten durch die EU (54%, +8 Pp.). Auf globaler Ebene könnte sich die Mehrheit der Österreicher/-innen sowohl die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (72%, +13 Pp.), Regulierungen der Gehälter im Finanzsektor (84%, -3 Pp.) als auch schärfere Gesetze gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen (85%, -7 Pp.) vorstellen. Lediglich „Eurobonds“, also europäische Anleihen, werden von einer Mehrheit (51%, -2Pp.) kontinuierlich abgelehnt.

## 3. Zustimmung zum Euro

**Die Zustimmung zum Euro und zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Währungsunion steigt**: aktuell sprechen sich 69% der Österreicher/-innen für eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro aus, das sind um 2 Pp. mehr als im Frühjahr 2014. 1995, im Beitrittsjahr Österreichs zur Europäischen Union und sieben Jahre vor der Einführung des Euro, konnten sich erst 24% der Österreicher/-innen eine gemeinsame europäische Währung vorstellen.

Abb.2: Zustimmung zur Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung (AT und EU)



Im Grunde gibt es keine gesellschaftliche Gruppe, die den Euro in Österreich mehrheitlich ablehnt, wenngleich jüngere Personen (71%), Höherqualifizierte mit Studienabschluss (77%), Selbständige (81%) und Angestellte (74%) eine etwas höhere Zustimmung aufweisen als andere Gruppen.

**Vor allem hängt die Zustimmung zum Euro mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage zusammen:** Österreicher/-innen, die von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Österreich und Europa ausgehen, befürworten die Wirtschafts- und Währungsunion zu mehr als 80%, jene, die eine Verschlechterung befürchten, nur zu knapp mehr als 60%.

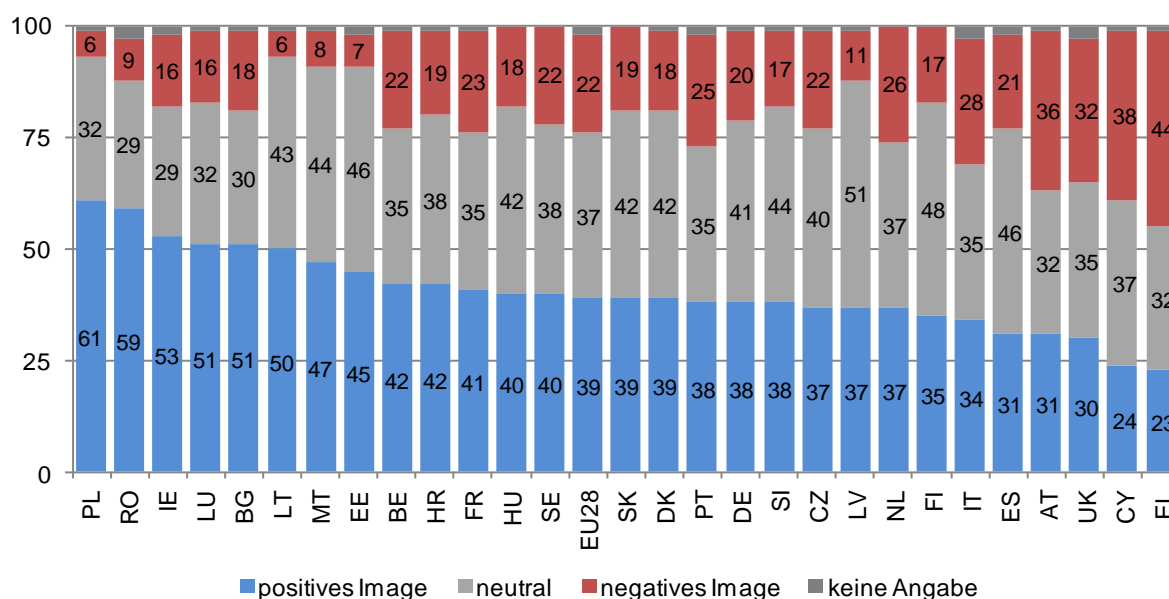
Insgesamt spricht sich in 23 Mitgliedsländern – darunter alle Länder der Eurozone – eine Mehrheit der Befragten für die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion aus, in 18 Mitgliedsstaaten – darunter Österreich – ist die Zustimmung gestiegen. Nur vier Länder lehnen den Euro mehrheitlich ab: Schweden (73%), das Vereinigte Königreich bzw. Tschechien (beide 70%) sowie Dänemark (61%). Österreich liegt mit 69% Zustimmung deutlich über dem EU28-Schnitt (56%, +1 Pp.).

## II. Die Österreicher/-innen und die EU

### 1. Image der Europäischen Union

Für 31% der Österreicher/-innen hat die Europäische Union ein positives Image (+/- 0 Pp.), davon für nur 6% ein „sehr positives“. Umgekehrt sagen 36% (-1 Pp.), die EU habe ein negatives Image, für 8% davon sogar ein „sehr negatives“. **Das Image der EU ist hierzulande deutlich negativer als im EU28-Schnitt** (39% „positiv“, +4 Pp.; 22% „negativ“, -3 Pp.), wobei sich signifikante Länderunterschiede zeigen: In 12 Mitgliedstaaten hat eine relative Mehrheit der Europäer/-innen ein positives Bild von der EU, am stärksten in Polen (61%), Rumänien (59%), Irland (53%), Bulgarien (51%) und Luxemburg (51%). In 12 weiteren Ländern haben die Befragten am häufigsten ein neutrales Bild von der EU. Österreich zählt gemeinsam mit Griechenland und Zypern zu jenen drei Ländern, in denen die relative Mehrheit der Bevölkerung ein negatives Image der EU hat.

Abb.3: Image der EU in den Mitgliedsstaaten (Herbst 2014)



Im Vergleich zu vor zehn Jahren (Herbst 2004) hat sich das **Image der EU in Österreich verschlechtert**: damals sagten 34% der Österreicher/-innen, die EU habe ein positives Image, für 26% hatte sie ein negatives Image. Das schlechteste Image hatte die EU hierzulande während und nach der Eurokrise: im Herbst 2011 erreichte das negative Image seinen Höhepunkt (42%). Seitdem steigt das positive Image wieder, wenngleich auch nur langsam und geringfügig.

**Jüngere Kohorten haben ein wesentlich positiveres Image der EU als ältere Generationen**: 48% der unter 25-jährigen geben an, die EU habe für sie ein positives Image, dieser Anteil sinkt mit zunehmendem Alter und liegt bei den über 54-jährigen nur noch bei 26%. Auch **Personen mit formal höherem Bildungsniveau** sehen die EU in einem positiveren Licht als z.B. Befragte mit maximal Pflichtschul- oder Lehrabschluss. Studenten/-innen zählen zu den wenigen Gesellschaftsgruppen in Österreich, bei denen die EU mehrheitlich ein positives Image hervorruft (58%). Demgegenüber sehen sozial schlecht gestellte Gruppen wie z.B. arbeitslose Personen (51%) oder Befragte, die sich selbst der Arbeiterschicht zurechnen (48%), die EU am häufigsten in einem negativen Licht. **Auch die politische Einstellung zeigt klare Zusammenhänge mit der Sichtweise auf die EU**: Österreicher/-innen, die sich selbst eher dem linken politischen Spektrum zuordnen, haben zu 42% ein positives Image der EU und nur zu 26% ein negatives; Menschen, die sich eher dem rechten Spektrum zuordnen, haben hingegen zu 57% ein negatives Image der EU und nur zu 20% ein positives.

**Im aktuellen Eurobarometer aus dem Herbst 2014 sagen nur 22% (-1 Pp.) der Österreicher/-innen, dass die Dinge in der Europäischen Union derzeit in die richtige Richtung laufen, 25% (+/- 0 Pp.) im EU28-Schnitt.** Dass sie umgekehrt in die falsche Richtung gehen, glauben 48% (+1 Pp.) und damit fast die Hälfte aller Österreicher/-innen, im EU28-Schnitt sagen das 39% (+ 1 Pp.). Auffallend ist, dass mittlerweile auch gesellschaftliche Gruppen, die in der Vergangenheit traditionell eher zu den EU-Befürwortern zählten, die Dinge in der EU in die falsche Richtung laufen sehen: zwar bewegt sich für 39% der unter 25-jährigen die EU in die richtige Richtung, fast ebenso viele (38%) sehen sie jedoch auch in die falsche Richtung gehen, bei den 25 bis 39jährigen ist es schon jede/r Zweite. Auch unter Höherqualifizierten, Angestellten und Befragten, die sich der Mittelschicht zuordnen, ist es fast schon jede/r Zweite, der/die die Dinge in der EU momentan in die falsche Richtung gehen sieht.

Dennoch wird **die EU in bestimmten Bereichen auch positiv wahrgenommen.** Eine knappe Mehrheit von 53% (+7 Pp.) der Österreicher/-innen stimmt etwa der Aussage zu, dass die EU die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in Europa schaffe (EU28: 47%, +6 Pp.), fast drei Viertel (73%, -1 Pp.) glauben, dass es innerhalb der EU leichter ist, Geschäfte zu machen (EU28: 65%, +1 Pp.). Die EU hilft beim Schutz ihrer Bürger, glauben 55% (+5 Pp.) der österreichischen und 57% (+4 Pp.) der europäischen Befragten. Auch bei globalen Herausforderungen und Bedrohungen hilft die EU: das sagen 58% (+3 Pp.) in Österreich und 59% (+4 Pp.) im EU28 -Schnitt.

Dass die EU jedoch die Lebenshaltungskosten senke, glauben nur 27% (+7 Pp.) in Österreich und 24% (+4 Pp.) im EU28-Schnitt. Dass sie zur Verbesserung der Lebensqualität in Europa beitrage, glaubt ebenfalls nur die Minderheit in Österreich (45%, +2 Pp.), europaweit knapp die Hälfte (49%, +4 Pp.). Die EU wird zudem von der Mehrheit der Befragten (AT: 74%, +11 Pp.; EU28: 63%, +2 Pp.) als hauptverantwortlich für die Sparprogramme in Europa gesehen. Dass die EU gerechter aus der Krise hervorgehen wird, glauben nur 39% (+8 Pp.) der Österreicher/-innen und 38% (+3 Pp.) der Europäer/-innen. Dass die EU die Voraussetzungen für Arbeitsplätze schaffe, die Lebensqualität verbessere und beim Schutz ihrer Bürger/-innen hilft, glauben jene Österreicher/-innen, die sich eher links oder in der Mitte des politischen Spektrums zuordnen, deutlich häufiger als jene, die sich rechts einordnen würden und diese drei Aussagen mehrheitlich ablehnen. Umgekehrt sehen Personen, die sich eher rechts einordnen würden, die EU vor allem als verantwortlich für die Sparprogramme in Europa und als zu bürokratisch.

## 2. Informiertheit über die EU und Interesse an europapolitischen Angelegenheiten

**57% der Österreicher/-innen fühlen sich gut über die EU und europäische Angelegenheiten informiert,** 42% hingegen wenig bis gar nicht gut. Die subjektive Informiertheit ist gegenüber Herbst 2013, als die Frage zuletzt gestellt wurde, deutlich gestiegen (+13 Pp.) und liegt auch klar über dem EU28-Schnitt von lediglich 35% (+6 Pp.).

Tatsächlich wissen 81% (+2 Pp.) der Österreicher/-innen, dass die EU derzeit aus 28 Mitgliedsstaaten besteht, im EU28-Schnitt wissen das nur 65% (+2 Pp.). Dass die Schweiz ein Mitgliedsstaat der EU ist, glauben in Österreich konstant 5% (+/-0 Pp.), 3% haben keine Antwort gegeben und 92% (-2 Pp.) wussten, dass dies nicht stimmt. EU-weit glaubten 16% (+2 Pp.), dass die Schweiz zu den EU28-Mitgliedsstaaten zählt. Etwas unsicherer sind die Befragten bezüglich der europäischen Parlamentswahlen: 57% (-9 Pp.) glaubten, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt werden, 31% (+8 Pp.) glaubten dies nicht, 12% konnten keine Antwort darauf geben. EU-weit wussten dies 62% (-9 Pp.).

**Das Interesse an der EU und europäischen Angelegenheiten in Österreich ist hoch.** Ein Indikator dafür ist etwa die Frage, wie häufig im Bekanntenkreis über bestimmte politische Themen gesprochen wird. Über die österreichische Politik sprechen demzufolge 28% (+3 Pp.) der Österreicher/-innen häufig und 62% (+1 Pp.) zumindest gelegentlich. Über europäische Politik spricht immerhin rund ein Fünftel der Österreicher/-innen häufig (19%, +4 Pp.) und 64% gelegentlich (+4 Pp.) – dass über die EU gar nicht gesprochen wird, sagen nur 16% der Befragten hierzulande. In anderen Ländern wird seltener über die EU gesprochen: 36% (-1 Pp.) der Europäer/-innen interessieren sich wenig für europäische Angelegenheiten und besprechen diese auch nicht im Freundes- oder Verwandtenkreis.

### 3. Vertrauen in europäische und nationale Institutionen

Europawahlen hatten in der Vergangenheit klassischerweise zwei beobachtbare Effekte im Eurobarometer: zum einen ist die Bekanntheit europäischer Institutionen unmittelbar vor, während und nach den Wahlen stets gestiegen (u.a. aufgrund der medialen Berichterstattung), zum anderen lag auch das Institutionenvertrauen rund um die Europawahlen stets am höchsten. Im Frühjahr 2014 zeigte sich jedoch zum ersten Mal ein rapider Rückgang des Vertrauens ins Europaparlament, in die Europäische Kommission und in die Europäische Zentralbank, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

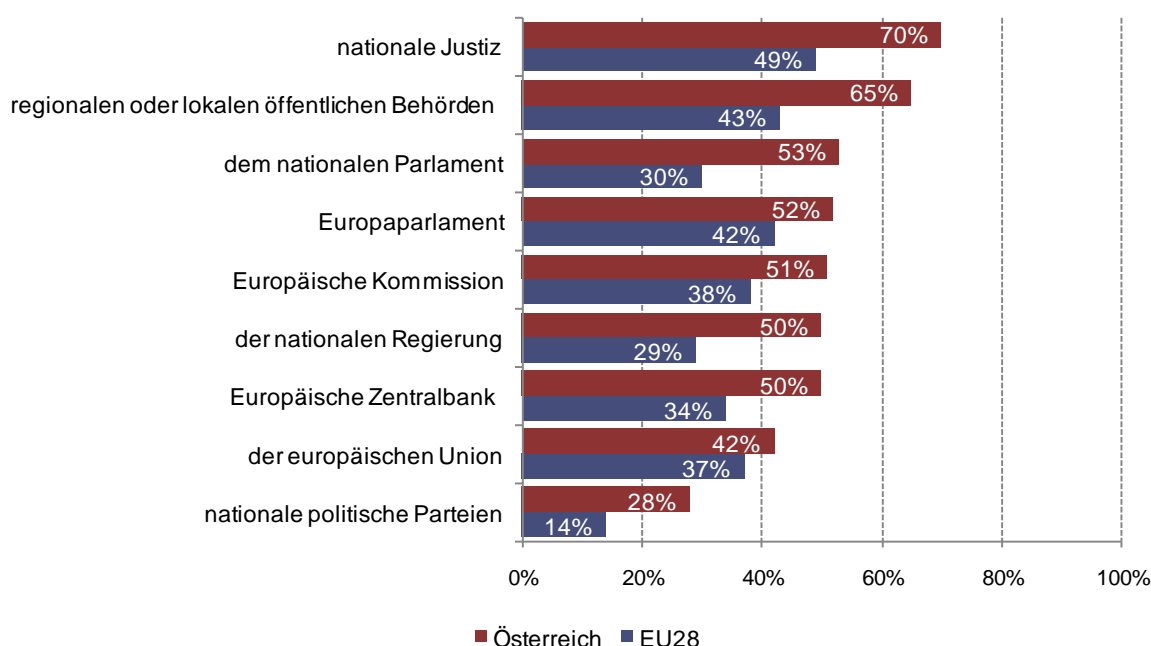
Die aktuelle Eurobarometer-Umfrage 82 aus dem Herbst 2014 zeigt nun: 96% (+3 Pp.) der Österreicher/-innen haben schon einmal vom Europaparlament gehört (EU28: 92%, -1 Pp.), 93% (+6 Pp.) von der Europäischen Kommission (EU28: 85%, +1 Pp.) und 95% (+4 Pp.) von der Europäischen Zentralbank (EZB) (EU28: 84%, +/-0 Pp.). **Das Vertrauen in diese Institutionen ist seit den Wahlen zum Europaparlament wieder deutlich gestiegen und liegt über dem EU28-Schnitt:** ins Europaparlament vertrauen nach dem starken Rückgang im Frühjahr 2014 nun wieder 52% (+10 Pp.) der Österreicher/-innen (EU28: 42%, +5 Pp.), in die EZB 50% (+8 Pp.) (EU28: 34%, +3 Pp.). Das Vertrauen in die Europäische Kommission lag im Frühjahr 2014 mit 36% so niedrig wie fast nie zuvor, nur im Frühjahr 2012 war das Vertrauen noch niedriger (34%). In der Zwischenzeit ist auch das Vertrauen in die Europäische Kommission wieder stark gestiegen, aktuell vertraut etwas mehr als die Hälfte der Österreicher/-innen (51%, +15 Pp.) der Kommission – der Wert liegt damit so hoch wie nie zuvor.

Das mehrheitliche Institutionenvertrauen in europäische Organe überträgt sich jedoch nicht auf die Gesamtunion: zwar ist auch das Vertrauen in die EU hierzulande gegenüber dem Frühjahr 2014 deutlich gestiegen, allerdings sagen immer noch mehr Österreicher/-innen (49%, -12 Pp.), dass sie der EU nicht vertrauen als dass sie ihr vertrauen (42%, +11 Pp.). Im EU28-Schnitt geben mit 37% (+6 Pp.) der Europäer/-innen noch weniger an, der EU zu vertrauen, die Hälfte (50%, -6 Pp.) vertraut ihr nicht.

Im Vergleich dazu liegt das Vertrauen in nationale politische Institutionen, etwa wenn es um das österreichische Justizsystem geht, deutlich höher: 70% (-1 Pp.) der Österreicher/-innen vertrauen dem heimischen Rechtssystem. Auch regionalen oder lokalen öffentlichen Behörden vertrauen die Befragten mehrheitlich (65%, +7 Pp.). Dem österreichischen Nationalrat vertraut wieder knapp mehr als die Hälfte (53%, +18 Pp.), der Regierung exakt jede/r Zweite (50%, +17 Pp.). Am meisten Misstrauen widerfährt den politischen Parteien hierzulande: nur 28% (+5 Pp.) der Österreicher/-innen vertrauen den Parteien, 66% misstrauen ihnen (-6 Pp.).



Abb.4: Vertrauen in nationale und europäische Institutionen (AT und EU28, Herbst 2014)



#### 4. Zukunft der Europäischen Union

Obwohl nur knapp mehr als ein Fünftel der Österreicher/-innen glaubt, derzeit würden sich die Dinge in der EU in die richtige Richtung bewegen, **sehen dennoch 54% (-2 Pp.) sehr oder zumindest ziemlich optimistisch in die Zukunft der Europäischen Union**, 40% (+/-0 Pp.) sind demgegenüber pessimistisch eingestellt. Im EU28-Schnitt glauben 56% (+/-0 Pp.) an eine positive Entwicklung der EU, 37% (-1 Pp.) sind diesbezüglich pessimistischer.

**Der Zustand der Staatsfinanzen der Mitgliedsländer (34%, -1 Pp.) und die wirtschaftliche Situation (28%, -3 Pp.) sind laut Ansicht der Österreicher/-innen die derzeit dringendsten Probleme, denen die EU gegenübersteht.** Im EU28-Schnitt steht die wirtschaftliche Situation als dringendstes Problem an erster Stelle (33%, -6 Pp.), gefolgt von Arbeitslosigkeit an zweiter Stelle (29%, -5 Pp.). Die stärksten Anstiege in der europaweiten Einschätzung zeigen sich im Vergleich zum Frühjahr 2014 in den beiden Themen "Terrorismus" (+5 Pp.) und "Immigration" (+3 Pp.). Auch 22% (+4 Pp.) der Österreicher/-innen halten das Thema "Immigration" für eins der zwei dringendsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht.

Für die Zukunft sprechen sich zwei Drittel der Österreicher/-innen (+2 Pp.) und Europäer/-innen (+4 Pp.) für eine gemeinsame Außenpolitik der 28 EU-Mitgliedsstaaten aus, 63% (-1 Pp.) der Befragten in Österreich und 76% (+4 Pp.) im EU28-Schnitt sind für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten. Deutlich skeptischer sind die Befragten hinsichtlich künftiger EU-Erweiterungen: konstant 67% (+/-0 Pp.) der Österreicher/-innen sind gegen zusätzliche Erweiterungen der EU in den kommenden Jahren, im EU28-Schnitt sprechen sich 48% (-1 Pp.) dagegen aus. Für eine gemeinsame Außenpolitik sprechen sich Österreicher/-innen, die sich eher links oder in der Mitte des politischen Spektrums sehen, deutlich stärker aus als jene, die sich rechts einstufen würden und eine stärkere Kooperation bei der Außenpolitik mehrheitlich ablehnen. Künftige EU-Erweiterungen werden von allen Gruppen mehrheitlich abgelehnt.

Dass Österreich besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht mehr Mitglied der EU wäre, dieser Aussage stimmen mittlerweile 35% der Österreicher/-innen zu, im Frühjahr 2014 waren es 30%. Befragte, die sich auf dem politischen Spektrum rechts einstufen, glauben dies sogar mehrheitlich (52%). EU-weit glauben 30% der Europäer/-innen, ihr Land wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht mehr Mitglied der EU wäre. Der Anteil ist besonders hoch in Zypern (49%), Slowenien (47%), Griechenland (40%) und Kroatien (36%), gleich dahinter folgen mit 35% Österreich, Tschechien und Italien.

## 5. Europäisches Gemeinschaftsgefühl

**73% (-4 Pp.) der Österreicher/-innen fühlen sich mindestens „bis zu einem gewissen Ausmaß“ als Bürger/-in der Europäischen Union. Österreich zählt damit zu jenen Ländern, in denen das europäische Zugehörigkeitsgefühl am stärksten ausgeprägt ist.** Auch im EU28-Schnitt fühlt sich eine Mehrheit von 63% (-2 Pp.) als Bürger/-in der EU. Mehr als ein Drittel der Europäer/-innen fühlt sich jedoch nicht Teil der EU.

In 25 Mitgliedstaaten sieht sich eine Mehrheit der Bevölkerung als EU-Bürger, besonders hoch liegen die Anteile in Luxemburg (89%) und auf Malta (85%), aber auch in Estland (78%), Finnland (76%), Schweden (76%), Dänemark (74%), Deutschland (74%), Polen (74%), der Slowakei (73%) und Österreich (73%) fühlen sich weite Teile der Bevölkerung bereits als Bürger der EU. Lediglich in Griechenland, Italien und Bulgarien empfindet sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht als Bürger der EU.

Auch wenn man sich hierzulande mehrheitlich als Bürger der EU versteht, ist **das Verbundenheitsgefühl deutlich weniger stark ausgeprägt:** 94% (-2 Pp.) der Österreicher/-innen fühlen sich z.B. ihrem Land verbunden, 92% (-2 Pp.) ihrem Heimatort – aber nur 41% (-3 Pp.) der Europäischen Union. Im EU28-Schnitt geben das unwesentlich mehr (45%, -1 Pp.) an. Der EU verbunden fühlen sich 15 bis 24-jährige am stärksten (54%), darüber hinaus jene gesellschaftlichen Gruppen, die sich durch eine höhere soziale Stellung und Absicherung auszeichnen: Selbständige (41%) und Führungskräfte (50%), höher Qualifizierte (46%), Personen die keine finanziellen Schwierigkeiten haben (42%) und jene, die sich eher höher gestellten sozialen Schichten zuordnen (57%). Umgekehrt sind es sozial schwache und prekäre Gesellschaftsgruppen, die sich mit der EU am wenigsten identifizieren können: gering Qualifizierte (79%), arbeitslose Personen (77%), Pensionist/-innen (60%), einkommensschwache Gruppen wie z.B. Arbeiter/-innen (65%) und Personen, die sich weiter unten auf der Gesellschaft sehen (74%) fühlen sich der EU am wenigsten verbunden. Neue Optionen wie z.B. ein europäisches Sozialsystem oder ein gemeinsamer europäischer Katastrophenschutz werden zwar auch von diesen Gruppen als möglicher Beitrag zu einem europäischen Gemeinschaftsgefühl genannt. Allerdings sagt in jenen Gruppen, die sich der EU seltener verbunden fühlen, auch rund jede/r Fünfte (z.B. 20% der Arbeitslosen, 19% der Arbeiter/-innen), dass er/sie überhaupt kein Bürger der EU sein möchte. Im Österreich-Schnitt sagen das nur 7%.

## Zusammenfassung

20 Jahre nach dem EU-Beitritt Österreichs zeigt sich ein **weiterhin zwiegespaltenes Verhältnis** der Österreicher/-innen zur EU.

Zum einen ist das **Vertrauen in europäische Institutionen wie dem Europaparlament oder die Europäische Kommission nach dem starken Rückgang im Frühjahr 2014 wieder deutlich gestiegen**, und dieses im EU-Vergleich hohe Institutionenvertrauen setzt sich in einem mehrheitlichen Optimismus für die allgemeine Zukunft der Europäischen Union fort.

Zum Zweiten ist auch das **Zugehörigkeitsgefühl zur Europäischen Union in Österreich hoch**, 73% der Österreicher/-innen fühlen sich als Bürger/-in der Europäischen Union. Österreich zählt damit zu jenen Ländern, in denen das europäische Zugehörigkeitsgefühl am stärksten ausgeprägt ist. Zwei Drittel der Österreicher/-innen und Europäer/-innen sprechen sich folglich auch für eine gemeinsame Außenpolitik der 28 EU-Mitgliedsstaaten aus, 63% der Befragten in Österreich und 76% im EU28-Schnitt sind für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten. Skeptisch bleiben die Österreicher/-innen weiterhin in der Frage künftiger EU-Erweiterungen.

**Andererseits liegen das Image der EU und die Einschätzung, dass sich die EU derzeit in die richtige Richtung bewege, auf einem Tiefpunkt.** Für nur 31% der Österreicher/-innen hat die Europäische Union ein positives Image, 36% haben ein negatives Image der EU. Im Vergleich zu vor zehn Jahren hat sich das Image der EU in Österreich verschlechtert. Dass die Dinge in der Europäischen Union derzeit in die richtige Richtung laufen, sagen nur 22% der Österreicher/-innen, im EU28-Schnitt sind es unwesentlich mehr (25%). Dass sie umgekehrt in die falsche Richtung gehen, glauben 48% und damit fast die Hälfte aller Österreicher/-innen, im EU28-Schnitt sagen das 39%. Generell zeigen sich in Österreich wie auch europaweit klare Zustimmungs- und Einstellungsunterschiede je nach Alter und sozialer Schicht. Jüngere sind demzufolge deutlich optimistischer und positiver gegenüber der EU eingestellt als ältere Bevölkerungsschichten. Gesellschaftliche Milieus, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffen waren – dazu zählen gering Qualifizierte, Arbeiter/-innen, arbeitslose Personen oder allgemein Gruppen, die sich weiter unten in der Gesellschaft sehen – äußern sich hingegen am kritischsten gegenüber der EU und der EU-Mitgliedschaft Österreichs.

**Dennoch wird die EU vor allem im Kampf gegen die anhaltenden Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise als wichtig erachtet:** eine knappe Mehrheit von 53% der Österreicher/-innen stimmt z.B. der Aussage zu, dass die EU die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in Europa schaffe, fast drei Viertel glauben, dass es nun innerhalb der EU leichter ist, Geschäfte zu machen. Die EU hilft beim Schutz ihrer Bürger, glauben 55% der österreichischen Befragten. Dass die EU jedoch die Lebenshaltungskosten senke, glauben nur 27%, dass sie gerechter aus der Krise hervorgehen wird nur 39% der Österreicher/-innen.

**Die Österreicher/-innen sehen die Aufgaben der EU bei der Bekämpfung der Krise vor allem als Kontrollinstanz:** als am effektivsten im Kampf gegen die Eurokrise wird eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene gesehen (69%), gefolgt von einer prominenteren Rolle der EU bei der Regulierung der Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene (67%). Ebenfalls mehr als sechs von zehn Österreicher/-innen halten Geldbußen für jene EU-Länder, die zu viel Geld ausgeben oder leihen, für effektiv (63%). Mittlerweile schon die Mehrheit (54%) der Österreicher/-innen würde nun auch die Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten durch die EU befürworten.

Bei allen kritischen Vorbehalten der Österreicher/-innen gegenüber der EU: **die Zustimmung zum Euro und zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Währungsunion steigt weiterhin an.** Aktuell sprechen sich 69% der Österreicher/-innen für eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro aus. 1995, im Beitrittsjahr Österreichs zur Europäischen Union, konnten sich nur 24% der Österreicher/-innen eine gemeinsame europäische Währung vorstellen.